

Saale-Beitung.

Günthublerjäger Jahrgang.

wirden die 6 getragene Kolonien...
Er scheint täglich zweimal,
Sonntags und Montags einmal.

Redaktion und Haupt-Geschäfts-
stelle: Halle, Gr. Brauhofstraße 17;
Neben-Geschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postmöglicher
Zahlung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auswärts, Zustellungsgebühr
inbegriffen werden den allen Bezugs-
stellen am besten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für unentgeltlich eingehende Korrekturen
mit dem Original überkommen.
Redaktion nur mit Cassenmarken:
„Saale-Beitung“ gefälligst.
Verantwortlicher Redaktions-Rat: 1140;
der Anzeigen-Abteilung Nr. 176; der
Werbungs-Abteilung Nr. 1155.

Nr. 227. Halle a. S., Dienstag, den 16. Mai. 1911.

Deutscher Reichstag.

175. Sitzung, Montag, den 15. Mai 12 Uhr.

Die zweite Lesung der Reichs-
Versicherungs-
Ordnung.

Reuener Tag.

Die Beratung geht weiter beim fünften Abschnitt des Buches
Krankenversicherung, der von der Aufsicht handelt. Nach § 408
führt die Aufsicht über die Krankentafeln das Versicherungswesen.
Ueber Beschwerden, die auf Rechtsgründe gestützt sind, ent-
scheidet das Oberverwaltungsamt. Die Sozialdemokraten bean-
tragen, daß dessen das Verwaltungsamt überfahren, oder, so dieses
nicht vorhanden ist, den Refkurs im Sinne der Gewerbeordnung.
Abg. Heine (Sp.): In der Kommission haben meine Partei-
genossen diesen Antrag zurückgenommen um die fällige Be-
hauptung des Regierungsvortragers, daß durch die Regelung in
einigen Paragraphen der Intanzgenug bis zum Reichsversicherungs-
amt hinauf gehe. Zufällig gibt das nur für Unfallsfällen. Das
Oberverwaltungsamt ist in Weimar hat wirklich gegenständig
und heillos gemacht. Wir leben in dieser Bestimmung nur ein
Glick in der Kette von Maßregeln, um die Krankentafeln politisch
von der Regierung abhängig zu machen.
Ministerialdirektor Caspar: Die weitere Beschwerde an das
Reichsversicherungsamt ist ganz zweifellos zulässig.
Abg. Dr. Mugdan (Sp.): So sehr auch die Vereinheitlichung
des Reichesweges zu begrüßen ist, so bietet doch die Beschlußfassung
des Oberverwaltungsamtes nicht die genügenden Garantien wegen
ihrer burokratischen Zusammensetzung. Zufällig ist der In-
stanzgenug im Gesetzestexte nicht ganz klar.
Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. § 408 nach
den Beschläßen der Kommission angenommen.

Nach Ablehnung einer Reihe weiterer sozialdemokratischer
Anträge zu anderen Paragraphen findet eine längere Aussprache
bei den §§ 416 bis 420 statt, die von der Bemessung der Beiträge
handelt. Freiwillige Leistungen sind danach ohne Zustimmung der
Arbeitgeber nicht möglich, wenn dazu eine Erhöhung der Beiträge
auf über 4% Prozent des Grundlohns erforderlich würde. Nur
zur Deduktion der Regelleistungen ist eine Erhöhung bis auf 6 Proz.
durch Mehrheitsbeschluß zulässig. Darüber hinaus hat bei der
Landes- und wenn die Arbeitgeber nicht zustimmen und eine Verein-
barung mit anderen Klassen nicht möglich ist oder nicht hilft, auch
bei den Ortskrankentafeln, der Gemeindeverband die zur Deduktion
der Regelleistungen erforderliche Beiträge zu leisten. In diesem
Fall kann der Gemeindeverband die Verwaltung der Kasse über-
nehmen. Anträge der Sozialdemokraten auf Erweiterung der
Grenzen von 4% auf 6 und von 6 auf 7% Proz. werden ab-
gelehnt.

§ 447 dem Arbeitgeber in der Landwirtschaft die Möglich-
keit, seine Arbeiter und sein Gehlde von der Versicherungs-
pflicht zu befreien, wenn diese an ihn einen Rechtsanspruch auf eine
den Kaffeleistungen gleichwertige Unterstüzung haben, vorausgesetzt,
daß seine Leistungsfähigkeit über § 447a enthält Folgebestimmungen.
Die Sozialdemokraten beantragen Streichung der beiden
Paragraphen und darüber namentliche Abstimmung. Da das
Haus offenbar beschlußunfähig ist, wird die Abstimmung auf Vor-
schlag des Vizepräsidenten Schulz erst zwischen fünf und sechs Uhr
nachmittags vorgenommen werden.

Abg. Vornat (kon.): Es handelt sich bei diesen Paragraphen
um die Beibehaltung der Naturalien. Eine Schädigung der Land-
frankentafeln wird dadurch nicht eintreten, denn gerade in den in
Betracht kommenden Wirtschaften werden hauptsächlich die älteren
verehrten Arbeiter beschäftigt. Eher könnte von einer Ent-
lastung der Landfrankentafeln die Rede sein.

Abg. Buhold (Sp.) bekämpft die Bestimmungen als eine un-
glaubliche Begünstigung des Grundgrundbesitzes gegenüber den
Landarbeitern und Kleinbauern.

Abg. Fegter (Sp.): Wie die Gefahr hin, von der Presse der
Rechtschreibern der agrarischen Partei, angepöbeln zu werden.

Präsident Graf Schwerin-Bömig: Angewandt ist nicht parla-
mentarisch, Juris de non freilich: „Presse!“

Man hat mir in der agrarischen Presse vorgeworfen, ich hätte
entweder bewußt gefälscht oder in meinem blinden politischen Eifer
nichts einer großen Verantwortlichkeit schuldig gemacht, und im Stim-
mungsabild der Deutschen Tageszeitung wird von mir gesprochen
als von dem „Reinheits-Jude“, der nimmher, wo seine Position
gehört ist, seinen Malepartus verläßt. (Zurufe rechts: „Berliner
Fogelbait!“) Ich sage „angepöbeln“, nicht weil wir uns getränkt
fühlen, sondern um die agrarische Presse zu kennzeichnen.

Präsident Graf Schwerin-Bömig: Ich habe verstanden, daß Sie
die rechtschreibenden Parteien meinen. (Zurufe von den Frei-
lingungen: „nein, die Presse!“) Dann liegt ein Mißverständnis vor.

Abg. Fegter (Sp.): Es muß einmal hingewiesen werden auf
dieses Wort in der Presse, die von den Kreisen mit der gegen-
nämlichen guten Rinderstufe gekostet werden. Die Verletzung des
politischen Tons wird von der agrarischen Presse gefördert und
macht auf die Dauer die Beibehaltung anständig denkender Leute
an der Politik unmöglich. Der Redner bekämpft die Paragraphen.
Sie legitimieren ungerechtfertigt gewisse Kreise der ländlichen
Grundbesitzer. Wer stellt ihre Leistungsfähigkeit, die die Voraus-
setzung für die Befreiung bildet, fest? Der Landrat und der
Bekannt-Prozess hat bewiesen, daß der nicht immer sachlich ent-
scheidet. (Zurufe rechts.) Wie will man überhaupt den Maßstab
zur Feststellung der Leistungsfähigkeit anlegen? Jeder wird eine
Befreiung beantragen um seines Kredits willen, wenn es heißt,
daß der Nichtbesitzer weniger leistungsfähig ist.

Abg. Reuener (nl.) bestreitet, daß es sich um eine unbeden-
kliche Ausnahmerebestimmung handelt; es handelt sich nur um beson-
dere Bestimmungen für die Berufsklassen. Wir lehnen daher den
Antrag auf Streichung ab. Zugunsten des Grundgrundbesitzes wird
diese Bestimmung nicht getroffen. Ueber die Leistungsfähigkeit

der Arbeitgeber hat in erster Linie der Vorstand der Krankentafel
zu entscheiden, und erst bei Ablehnung das Versicherungsamt.

Abg. Schmidt-Berlin (Sp.) bleibt dabei, daß einen Vorteil
von den Kommissionsbeschläßen nur die Grundgrundbesitzer haben.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Es ist richtig! Diese Bestimmungen
sind einzig und allein mit Rücksicht auf die preußischen Agrarier
gemacht worden. Das haben auch die Kämpfe in der Kommission
gezeigt. Nur die großen Herren im Osten ziehen Nutzen davon.
Darüber kommt man mit keinem Jongleurstück hinweg. Die Herren
fürchten Unbequemlichkeiten für ihre patrilialistischen Verhältnisse.

Ungere landwirtschaftliche Krankenterversicherung im Osten wird
durch diese Bestimmungen ganz vernichtet werden. Die Grund-
grundbesitzer werden aus den Krankentafeln austreten, man
wird den etwas besser dastehenden Bauern alle Kosten überlassen.
Darum werden wir gegen diese Bestimmungen, die nahezu die
schlechtesten der ganzen Vorlage sind, stimmen.

Abg. Moltenhuys (Sp.): Es gibt keinen schlimmeren Feind
der Krankenterversicherung der Landarbeiters als das Zentrum.

Abg. Reuener (nl.) verteidigt die Kommissionsbeschläße gegen
Dr. Mugdan. Nicht der Grundgrundbesitzer wird speziell bevorzugt,
sondern der kleinere und mittlere.

Abg. Fegter (Sp.): Wir haben großes Mißtrauen gegen alles,
was von rechts kommt. Die kleinen und mittleren Bauern fahren
immer schlecht dabei.

Die Ausprache schließt. Die namentliche Abstimmung wird
bis gegen Schluß der Sitzung ausgesetzt.

Nach § 422 bis 424 die Krankentafeln im Winter bis auf ein
Bierdel des Urslohnes herabgesetzt werden.

Abg. Vornat (kon.) Im Winter wird ohnehin weniger ver-
dient, als im Sommer. Dazu kommt, daß viele Arbeiter im
Sommer ganz wo anders arbeiten, als im Winter. Die Bestim-
mungen sind also berechtigt.

Abg. Jubel (Sp.) fordert Streichung, denn sonst würden die
Arbeiter überhaupt nie das volle Krankengeld erhalten. Das ist
nicht Krankenhilfe, das ist Spott und Hohn! Die Scham ist
nicht nur bei den Mehrheitsparteien, sondern auch bei der Regie-
rung zu den Hund an entflohen! (Rufe der Entrüstung
bei den bürgerlichen Parteien.)

Präsident Graf Schwerin ruft den Redner zur Ordnung.

Abg. Fegter (Sp.): Die Vorgesetzte des Paragraphen ist
interessant; erst hat die Kommission ihn abgelehnt, in der Aus-
schußfassung ist das Zentrum zu den Konserativen übergegangen.
Eine Hand wäscht die andere.

Der Abschnitt über die Landwirtschaft wird unverändert nach
den Kommissionsbeschläßen aufrecht erhalten. Der nächste Ab-
schnitt, der von den Dienstboten handelt, wird ebenfalls ange-
nommen.

Die §§ 469 bis 486 betreffen die un n ä n d i g e B e s c h ä f t i g -
ung, d. h. die Beschäftigung, die auf weniger als eine Woche
beschränkt ist.

Abg. Paul-Cochem (Str.) hält die Frist von einer Woche für
viel zu gering. Man sollte Ausnahmen zulassen.

Direktor Caspar: Diese Möglichkeit ist schon jetzt vorhanden.
Die Paragraphen werden unverändert angenommen. Die
§§ 487-493 betreffend das Wandergewerbe werden angenommen.

Die §§ 494-520 über das Hausgewerbe werden gemeinsam
verhandelt, nur § 515 (weitere Zulassung bereits bestehender
Kassen) soll besonders hervorgehoben werden.

Abg. Enders (Sp.) findet, daß die Verhältnisse in der Haus-
industrie zu verschiedenartig liegen. Die Hausindustriellen werden
stimmförmlich behandelt. Man sollte auch die Frau des Heim-
arbeiters in die Versicherung einbeziehen.

Gesamrat Spielhagen erwidert, daß die besonderen Verhält-
nisse des Hausgewerbes durchaus berücksichtigt seien. Die Regie-
rung habe das schon bei den Vorarbeiten getan und werde es
auch weiter tun. Eine Familienversicherung sei gewiß wünschens-
wert, man müsse da aber sehr vorsichtig vorgehen.

Abg. Moltenhuys (Sp.) erklärt, daß man hier alles in einen
Topf geworfen und sich um die Praxis bezüglich wenig getümmelt
habe.

Abg. Dr. Pfeiffer (Str.) schildert die Verhältnisse der Korn-
machindustrie in Oberfranken. Die Bestimmungen seien zu
schwerig.

Es wird abgelehnt. Die namentliche (vorhin ausgesetzte)
Abstimmung über § 447 ergibt seine Annahme mit 181 gegen
80 Stimmen (Volkspartei, einige Nationalliberale, Sozialdemo-
kraten) bei einer Enthaltung. Angenommen wird ein politischer
Antrag, wonach bei Beschwerden über Nichtbefreiung von der Ver-
sicherungspflicht endgültig das Oberverwaltungsamt entscheidet.
Die §§ 494-520 bleiben unverändert. Nach § 515 können bereits
bestehende Versicherungen der Hausgewerbetreibenden unter ge-
wissen Bedingungen auch weiter zugelassen werden.

Abg. Eickhoff (Sp.) beantragt folgende abgeänderte Fassung
über die Leistungen: Voraussetzung der Genehmigung ist, daß Auf-
traggeber und Hausgewerbetreibende im Bezirke des Versicherungs-
amtes oder in dem von der obersten Verwaltungsbehörde nach ört-
lichen Bedürfnissen bestimmten größeren Bezirke ihrer Betriebs-
stätten haben, und daß die den Hausgewerbetreibenden zugewilligten
Leistungen diesen dieses Betrages mindestens gleichwertig sind.

§ 515a wird mit dem Antrag Eickhoff angenommen, ebenso
§ 520.

Arbeitsberatung Dienstag 11 Uhr.
Schluß nach 6 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

75. Sitzung, Montag den 15. Mai, 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Dallwig.
Die zweite Lesung des

Zweckverbandesgesetzes für Groß-Berlin

wird bei § 7 (Regelung der Tischstühlen und Bebauungspläne)

fortgesetzt. Der § 7 wird nach kurzer Debatte in der Kommissions-
fassung angenommen, ebenso § 8.

Bei § 9 (Erwerbung und Erhaltung größerer von der Be-
bauung ganz oder teilweise freizulassender Flächen) lautet

Abg. Hammer (kon.), daß die Listen, die aus diesen Para-
graphen den einzelnen Gemeinden ertauschen, nach dem Interesse
der einzelnen Gemeinden zu verteilen sind. Kopenik, Spandau,
Johannisthal haben nicht das Interesse an einem Maßgürtel
wie Berlin C.

Abg. Casfel (Sp.): Ueber die Verhandlungen des Fiskus mit
den Gemeinden wegen des Waldverbreits ist leider noch nichts be-
kannt geworden.

§ 9, § 9 a und § 9 b werden hierauf in der Kommissions-
fassung angenommen.

§ 10 regelt die Erhebung der Landtagsgebühren. Er be-
stimmt, daß die Minister des Innern und der öffentlichen Arbeiten
als letzte Instanz zu entscheiden haben.

Abg. Casfel (Sp.) beantragt, das Oberverwaltungsgericht ent-
scheiden zu lassen.

Minister v. Dallwig tritt, es bei der Kommissionsfassung
kewenden zu lassen.

Der Antrag Casfel wird gegen die Rechte angenommen und
in dieser Fassung der § 10, ebenso beibehalten die §§ 11 und 12.

Bei den §§ 13 und 14 (Zusammenlegung und Wechsel der Ver-
bandsvermittlung) beantragt

Abg. Hoffmann (Sp.) Streichung der Bestimmung, daß kein
Verbandsmitglied mehr als zwei Fünftel der Gesamtvertreterzahl
erhalten darf. Er wendet sich gegen das Zentrum, dessen Vertreter
in der Kommission beantragt habe, daß 10 Mitglieder vom König
ernannt werden sollen. Das ist nichts anderes als Volkswerrat.
Der Redner begründet einen weiteren Antrag, wonach die Zahl
der Vertreter durch alle über 20 Jahre alten Gemeindegliederigen
auf Grund des gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts er-
folgen soll.

Abg. Casfel (Sp.) hält den letzten Antrag für unannehmbar,
stimmt aber dem ersten Antrag zu. Er stellt einen Eventual-
antrag, daß kein Verbandsmitglied mehr als die Hälfte der Ge-
samtvertreterzahl erhalten darf.

Minister v. Dallwig: Die Annahme dieser Anträge würde
den Städt Berlin das Uebergewicht in der Verbandsvermittlung
geben. Die Vorteile kämen dann überhaupt nicht zum Wort, so
daß eine Verbandsvermittlung überhaupt nicht mehr nötig wäre.

Abg. v. Spee (Str.) erklärt, daß der Antrag, 10 Mit-
glieder vom König ernennen zu lassen, von ihm ausgegangen und
es ihm vollkommen gleichgültig sei, ob er den Beifall des Abg.
Hoffmann finde. Er wolle eine unparteiliche Stelle bezeichnen,
die einen Ausgleich im Stimmverhältnis zwischen Berlin und
den Vororten herbeiführen soll.

Abg. v. Brandenstein (kon.) hält es für richtig gehalten,
den die Vertreterzahl nach Einwohnerzahl und Steuerloft fest-
gestellt würde.

Abg. Hoffmann (Sp.) meint, daß Abg. Hammer mehrfach den
Ausführungen des Abg. Casfel beigestimmt habe, was letzteren
doch stützig machen sollen. Der Antrag des Grafen Spee in der
Kommission sei ein Verrat der Volksinteressen, und eine Partei,
die solche Mitglieder dulde, mache sich des Verrats mit schuldig.
(Lachen rechts und im Zentrum.)

Abg. Hohenow (Sp.): Wir sind ja gewöhnt, daß die Berliner
Interessen hier nicht berücksichtigt werden, wie sie es verdienen.
Aber in einer solchen Weise hat man der Gerechtigkeit noch nicht
ins Gewicht geschlagen, wie diesmal. Die Politik der Subventionen
ist gewiß nützlich für Berlin gewesen, aber auch die Bevölkerung
Berlins hat mit ihrer Ungezogenheit und Intelligenz Berlin zu dem
gemacht, was es ist. (Sehr richtig! links.) Wir wollen ein all-
gemeines, gleiches Kommunalewahlrecht, aber unter Berücksichtigung
einer gewissen Spitzfähigkeit und der Verdiensthaftigkeit.

Abg. Dr. Viehbeck (Sp.): Die Verwirklichung der Steuer-
kraft bei dem Gemeindevorstand führt schließlich zum Dreiklassen-
wahlrecht. Auf diese Zweckmäßigkeit der Bestimmungen werden
wir immer wieder hinweisen.

Abg. Wirmeling (Str.): Von Volkswerrat kann absolut keine
Rede sein, wenn jemand dem König das Recht einräumen will,
Mitglieder des Verbandsauschusses zu ernennen.

Ein Schlußantrag wird angenommen, ebenso unter Ablehnung
einer Anträge die §§ 13 und 14 nach den Kommissionsbeschläßen,
und die §§ 15 bis 21.

Bei § 22, der die einfache Mehrheit für Abstimmungen in der
Verbandsvermittlung festlegt, beantragt

Abg. Casfel (Sp.), die Beschläßen über den Bau, den Betrieb
oder den Erwerb von Bahnen die Festlegung der Zweidrittel-
Majorität.

Der Antrag wird abgelehnt, § 22 und ebenso § 23 ange-
nommen. Auch § 24 wird nach kurzer Debatte in der Kommissions-
fassung angenommen, desgleichen § 25.

Abg. v. Brandenstein (kon.) beantragt, einen § 26 einzu-
schalten: Die Mitglieder des Verbandsauschusses werden vom
Oberpräsidenten ernannt. Sie können im Wege des Disziplinar-
verfahrens ihrer Stelle enthoben werden.

Minister v. Dallwig hat keine Bedenken gegen den Antrag.
Abg. Dr. Viehbeck (Sp.): Herr v. Brandenstein begründet,
der Minister verbeugt sich. Das Geschäft ist fertig. Es fehlt nur
noch die photographische Aufnahme dieser drücklichen Vorganges.
Dieser Ausübung des Eides zum Gewissenszwang treten wir
energisch entgegen. Es hat ja seinen Sinn, weiter darüber zu
reden. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Casfel (Sp.) hält diese Verordnungen und die Möglichkeit
des Disziplinarverfahrens für überflüssig, ebenso

Abg. v. Willow (nl.)

Der § 25 a wird mit den Stimmen der Rechten und des Zen-
trums angenommen; angenommen werden auch die §§ 26 bis 29.

Bei § 30 (Verbandsdirektor) beantragt

Abg. Dr. v. Aries (kon.), daß statt des Oberverwaltungs-
gerichts die Beschlußbehörde Groß-Berlin die Dienstvergeben der
Verbandsbeamten zu entscheiden hat.

Abg. Dr. Viehbeck (Sp.) beantragt Streichung des ganzen
Paragraphen, zum mindesten der Bestimmung, daß der Verbands-

direktor der Bekleidung durch den König bedürftig. Es habe ja hier ein Zentrumsmittel den Standpunkt des absoluten Despotismus vertreten. Das sei lächerlich, furchtbar, mittelalterlich. Der § 30 wird mit dem Antrage v. Aries angenommen, ebenso angenommen werden die restlichen Paragraphen 31 bis 36. Damit ist der Entwurf in zweiter Lesung erledigt.

### Petitionen.

Eine Petition fordert Veränderung der Städteordnung dahin, daß den Elementarlehrern die Wahlbarkeit zu Stadtverordneten verliehen wird. Entgegen dem Antrage der Kommission, die Ueberweisung als Material empfiehlt, will Abg. Br. v. Jählich (fr.) wegen der Wichtigkeit der Sache Ueberweisung zur Erwägung.

Abg. Pfeiffer (fr.) möchte die Regierung auf diesem Gebiete feinsinniger bringen. Abg. Dr. Liebschütz (Soz.) meint, wenn Bedenken gegen die Wahlbarkeit der Lehrer vorliegen, so treffen sie auch bei allen Beamten zu, die schließlich auch in ihrem Amte nicht unterdrückt sind, mit Ausnahme der Landräthe, die ja hier in sehr reichem Maße sitzen.

Abg. Köpff (Sp.) beantragt Ueberweisung zur Berücksichtigung. Die Lehrer haben sich schon in der Armenverwaltung, Wasserführung usw. bewährt. Die Städte haben alles Interesse daran, die Lehrer zur Mitarbeit heranzuziehen.

Abg. Dr. Maurer (L.) stimmt dem zu. Der jetzige Zustand sei eine deartige Anomalie, daß es die höchste Zeit sei, sie aus der Welt zu schaffen. Der Lehrer sei längst nicht mehr der Mann mit der blauen Brille, der abseits zu stehen habe.

Abg. Strofer (kon.) wendet sich gegen den Abg. Liebschütz, der aus allem Jura für eine Parole zu fangen suche und heute wieder gegen die Landräthe vorgeschoben sei. Die Sozialdemokratie rede nur zum Heiler hinaus. In der Unterrichtscommission, wo sie nicht hinaus, föhnt sie meistens. (Süß, Heil!)

Regierungstr. Dr. Vogels: Die Regierung wünscht keine Änderung der bestehenden Bestimmungen. Die Lehrer nehmen eine Vertrauensstellung ein. Es muß vermieden werden, daß das Vertrauen zwischen Lehrern und Eltern der Kinder getrübt wird. Das bedeutet aber keine Mißachtung des Lehrstandes.

Abg. Ernst (L.) tritt lebhaft für den Antrag Köpff ein. Abg. Dr. Dietrich (Zit.) erklärt, daß seine Fraktion in dieser Frage geteilter Meinung sei. Im Prinzip sei sie nicht gegen die Verleihung des positiven Wahlrechts an die Lehrer.

Der freimüthige Antrag auf Berücksichtigung wird gegen die Konventionen und einen Teil der Freikonventionen und des Zentrums angenommen.

Möchte Sitzung Dienstag 11 Uhr: Dritte Lesung der Zweiterverordnungen.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Das Kaiserpaar in London.

Die gesamte englische Presse bewillkommt in ihren Leitartikeln den Kaiser. Einige oppositionelle Organe betonen, daß der Besuch ganz privater Natur ist, und warnen, wie die „Daily Mail“, sich Folgen von internationaler Bedeutung davon zu verschreiben. Die „Daily News“ hingegen meint, der Kaiser sei in gewissem Sinne kein eigener Minister des Kaisers, und es sei unmaßgeblich, daß er die ganze Woge in England zubringen und mit den bedeutendsten Männern des Landes zusammenkommen werde, ohne die Beziehungen zwischen beiden Ländern und dieser zu der übrigen Welt mit einem Worte zu erwähnen. Das Blatt vertritt sich im Gegentheil eine Zunahme der freundschaftlichen Gefühle auf beiden Küsten der Nordsee infolge dieses Besuches. Der „Daily Telegraph“ sagt: „Niemand weiß besser als der Kaiser, daß, wer wohl gestrichelt, höher ist, und er weiß deshalb zu würdigen, daß ein starkes England den Frieden zu Hause und bei seinen Nachbarn vertritt.“ Als ein Gast Großbritanniens und ein Freund seines Königs kommt er heute zu uns, und bewundern und bewillkommen ihn aus vielen Gründen und nicht zum mindesten, weil er, obwohl an der Spitze der mächtigsten militärischen Organisationen Europas, dennoch mit Charaktereigenschaften aus sich etwas Großartiges, eines Giganten Stärke zu besitzen, aber es ist tyrannisch, diese Stärke wie ein Gigant zu mißbrauchen.“

Ueber die Ankunft in London wird uns gemeldet:

London, 15. Mai. Der königliche Sonderzug mit dem deutschen Kaiser und der Kaiserin und der Prinzessin Victoria wurde heute vormittag 11 Uhr von Port Victoria ab und traf 12 Uhr 45 Min. auf der Viktoriabahn in London ein. Das Kaiserpaar wurde auf dem prächtig geschmückten Bahnhof von dem König und der Königin und anderen Mitgliedern der königlichen Familie begrüßt. Der deutsche Botschafter Graf Wolff-Meternich mit den Herren der Botschaft und einige wenige hervorragende Mitglieder der deutschen Kolonie befanden sich ebenfalls auf dem Bahnhofe. Nach Austausch herzlicher Begrüßungen führten, von der Zugmenge mit lauten Zurufen begrüßt, die kaiserlichen Gäste durch die dichtbesetzten Straßen nach dem Buckingham-Palast, wo sie Wohnung nehmen werden. Das Wetter ist trübe, aber kein Regen.

London, 15. Mai. Abg. die „Hohenzollern“ von Scheer nach Port Victoria abging, flogen zwei Aeroplane, geführt von Leutnants der englischen Flotte, von Capthurst nach Scheer und schwebten im Kreise um die kaiserliche Flagge herum. Bei der Landung der kaiserlichen Familie zu Port-Viktoria bildete eine Abteilung der Schwärmer Grenztruppen aus Chatham Spalier.

## Deutsches Reich.

### Die Straßburger Studenten beim Statthalter.

„In einer an den „Tag“ gerichteten Zuschrift der Vertreter der Straßburger Studentenschaft wird ausdrücklich betont, daß „das entscheidende Moment für das Verlassen der Fester der Umwandlung war, daß sie durch von höher militärischer Stelle herbeigekommene Unteroffiziere und Mannschaften von ihren eingekommenen Vätern mit Gewalt verdrängt wurde, nachdem vorher von verschiedenen maßgebenden Seiten höchst bezweifelnde Äußerungen gefallen waren.“ Im Anschluß daran wird dem oben genannten Blatte mitgeteilt:

„Die unterschriebenen fünf Vertreter der Straßburger Studentenschaft hatten eine Audienz beim kaiserlichen Statthalter Erzengel Graf v. Wedel in Gegenwart Sr. Magnificenz Prof. Ehrhardt, des Rektors der Universität, und des Kurators der Universität, Erzengel Graf. Der Vorsitzende der Studentenschaft, Herr Kand. B. S. S., sprach dem Statthalter unseren Dank aus für seine Vermittelung bei Sr. Majestät in unserer

Angelegenheit. Auch sehr betonten wir den oben angeführten Grund für unser Verlassen des Platzes und erklärten, daß das persönliche Eingreifen E. M. des Kaisers und die Audienz, die uns der kaiserliche Statthalter gewährte, uns Genugthuung verschaffe, und daß wir uns freuen, die Angelegenheit dadurch als erledigt betrachten zu können. Der kaiserliche Statthalter verhielt sich, daß es allen Theilen sehr erwünscht gewesen sei, die Studenten bei der Erfüllung des Entschlusses zu unterstützen; wenn er früher auf dem Festplatze anwesend gewesen wäre, so hätte er den persönlichen Umgang dieses Anwesendenseins zu verhindern gesucht. Auch er halte durch den Empfang der ganzen Studentenschaft durch seine Majestät die Angelegenheit für abgeschlossen. Wir hätten aus dem Munde des kaiserlichen Statthalters, daß der Kaiser von dem Verlaufe dieses Empfanges sehr befriedigt war. Darauf unterzeichnete sich der kaiserliche Statthalter in der lebenswichtigen Weise mit jedem der Vertreter, die ihm von Sr. Magnificenz dem Rektor der Universität vorgestellt worden waren.“

Das Schreiben ist im Namen der Straßburger Studentenschaft gezeichnet von E. Wed. Turnerhast Chruscia, M. Meyer, Korps Suevia, Niedermeier, Landsmannschaft Teutonia a. d. Sch., Adolf Hamburger, Freie Studentenschaft, S. Cartorius, katholische Studentenschaft, Stauffa.

### Wenn der Herr Oberpräsident reist.

„Aus einem Schneideblätter Blatte ersehen wir, daß am 17. d. M. der Herr Oberpräsident v. Radom Schneideblätter besuchen wird, um läudliche Institute zu besichtigen. In dem Blatte heißt es weiter: „Zu Ehren der Anwesenheit des Herrn Oberpräsidenten ist am 17. d. M. ein Fackelzug geplant.“ Daß außerdem abends im Hotel „Goldenen Löwen“ auch noch ein Festessen stattfindet, ist selbstverständlich und auch schon in der Presse veröffentlicht worden. Wenn unsere verehrlichen Beamten einmal auf die Reize gehen, um sich eine Schale oder ein Kränchen anzusehen, werden alle Forderungen und Gekränchen und weggeworfenen Jungfernhäcker herausgehängt. Die Bürger sollten dergleichen doch unterlassen und die Beamten sollten diese Ergrünungen dankend ablehnen.“

## Kleine vermischte Nachrichten.

Der König von Württemberg ist am Sonntag nachmittag in Begleitung seines Kammerherrn Freiherrn v. Soden in Breslau eingetroffen. Nach kurzen Audienzen fuhr der König auf seine Wohnung „Karlsruhe“ in Oberhausen. — Geheimerat Wagler, Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule, feiert am 16. Mai seinen 70. Geburtstag. Im Hof der Hofkammer der Preussischen Beamten in Großherzogtum Hessen, der Kaiserin Juliana D. Guilielme, beschäftigt sein Mandat für Gießen-Stadt zur zweiten hessischen Kammer niederzulegen. Er vertrat von 1890 bis 1893 im Reichstage den Wahlkreis Friedrichs-Waldungen. — Die vorläufige Interpellation, die im Abgeordnetenhaus über den Fall des russischen Studenten D. Browstj eingeleitet wurde, dürfte in etwa 8 Tagen auf die Tagesordnung gesetzt werden. Bisher ist eine Erklärung der Regierung, wann sie die Interpellation beantwortet wolle, noch nicht abgegeben worden. Die Begründung der Interpellation hat der Abg. Professor v. List übernommen.

## Heer und Flotte.

### Kreuzer und Städteamen.

Seit dem Jahre 1903 sind allen kleineren Kreuzern, die vom Stapel liefen, die Namen deutscher Städte gegeben worden und jedesmal erfolgte die Taufe durch den Oberbürgermeister. Der neue Kreuzer „Magdeburg“ ist der achte, der den Namen einer deutschen Stadt trägt. Von ihnen sind neun nach preussischen und neun nach anderen deutschen Städten genannt. Nach Nordseestädten wurden getauft „Hamburg“, „Bremen“ und „Göden“, nach Ostseestädten „Lübeck“, „Stettin“, „Kolberg“, „Danzig“ und „Königsberg“. Dann folgen die Reichshauptstädte „Berlin“ und die Rheinstädte „Mainz“ und „Köln“. Als mitteldeutsche Großstadt ist jetzt „Magdeburg“ hinzugekommen. Bayern ist durch „München“, „München“ und „Mugsburg“ vertreten, Sachsen durch „Dresden“ und „Leipzig“, Württemberg durch „Stuttgart“. Da nach dem Mitteltagebuch im ganzen 38 kleine Kreuzer vorhanden sein sollen, haben noch zahlreiche deutsche Städte Aussicht, Kate für ein Kriegsschiff zu werden.

### Hof- und Personalsnachrichten.

Der Kronprinz begibt sich heute mit dem Nordbezirk nach Posen; die Kronprinzessin fährt eine Zug später gleichfalls nach Posen, um sich dort mit dem Kronprinzen zur Reise nach Petersburg zu vereinigen. — Dem deutschen Kronprinzpaar ist bereits ein Hofzug mit dem ihm attachedierten Personal bis zur Grenze entgegengeführt. Der Kronprinz von Genere 1. März in Warschau, der Kronprinzessin der Beerenmeier Herr v. Russow an der Kronprinzessin begreifen. Der deutsche Militärattaché General von Zavenstein ist ebenfalls zur Begrüßung nach Wirballen abgereist.

## Ausland.

### Belassés Erfolg.

„Aus Paris wird gemeldet: Der Marineminister Delassé hat beim Bau der Panzerschiffe „France“ und „Paris“, wie einige Zeitungen mitteilen, eine Ersparnis von 10 Millionen Francs erzielt. Das Wunder wird dadurch erklärt, daß der jetzige Marineminister die Pläne von Anfang an so anfertigen ließ, daß keine nachträglichen Veränderungen notwendig wurden. Durch einfache Ordnung dieser danach Frankreich in weniger Monaten 10 Millionen erspart. Wenn das zutrifft, ließe sich leicht ausrechnen, was dem Lande die Umordnung seit Jahren gefolgt.“

Der französische Finanzminister hat die Gründung eines alle Beamten sämtlicher Verwaltungen umfassenden gegenseitigen Unterstützungsvereins vorgezogen, der hauptsächlich den Witwen und Waisen der Staatsbediensteten zugute kommen soll.

### König Sidj Jassa.

Aus der abessinischen Hauptstadt kommt eine Nachricht, welche bestätigt, daß die Thronfolgefrage nach dem jüngst erfolgten Tode des Regenten Ras Tessauna durch die Proklamierung des vom Kaiser Menelik zum Nachfolger ernannten Sidj Jassa zum Kaiser erledigt ge-

regelt werde. Es hat sich auch die Erwartung erfüllt, daß die beiden Mitglieder des Regimentsrats, Ras Abebe und der Kriegsminister Fitaurari Saqte Georgis, diese neue Ordnung, ohne daß es zu Unruhen kommen werde, durchführen könnten. Es wird gemeldet:

Sidj Abebe, 14. Mai. Sidj Jassa ist kaiserlich zum König ausgerufen worden. Die Krönung findet später statt. Im Lande herrscht Ruhe.

Der neue „König der Könige“, auf den die Großen des Reiches schon vor zwei Jahren vererbt worden sind, ist der Sohn eines der angesehensten Fürsten des Landes, des Ras Mikael und einer Tochter Meneliks aus erster Ehe. Er ist im Jahre 1896 geboren. Heute feiert er den zweiten Jahrestag seiner Vermählung mit der jetzt thronenden Kaiserin Raschewar, die eine Enkelin des berühmten Rasus Johannes ist. Kaiser Menelik muß sich, wenn er wirklich noch lebt und den Dingen folgen kann, der Geschehnisse aufs innigste freuen.

## Halle und Umgebung.

Halle a. S., 16. Mai.

### Stadtverordneten Sitzung.

Halle, 15. Mai.

Am Vorstandssitz der Herren Geh. Kommerzienrat Steckner, Justizrat Fähring und Baumeister Gygas. Es liegen eine Anzahl Eingänge vor. So eine Einladung zu dem am 17. Mai im Auditorium Maximum der Universität stattfindenden Vortrag des Herrn Otto über „Gartenstadt und Wohnungswesen“. Weiter bitten die hiesigen Arbeiter durchweg ihre

### Löhne um 30 Proz. Tag.

zu erhöhen, sie begründen ihr Gesuch mit der Verteuerung aller Lebensbedingungen. Die Eingabe geht an den Petitionsausschuß.

Die Gattin des Oberpostzeit-Inspektor Wendemann dankt sich für die Beileidsbezeugungen beim Ableben ihres Mannes; dergleichen dankt Herr Rechtsanwalt Wolfgang Herzfeld für das Beileid, das bei Familie beim Ableben des Seniors Ehrenbürgers Ludwig Herzfeld ausgesprochen ist.

Eine Petition des Herrn Wilhelm Marx, Artillerie-Offizier, betreffend Ermäßigung der Kosten der Anfluges an das Festspielhaus geht an den Magistrat.

Eine Petition der Magistrateassistenten um anderweitige Regulierung ihrer Gehälter wird dem Etatsausschuß übergeben.

Zu dem 50-jährigen Jubiläum des Thüringer Vereins deutscher Ingenieure (27. bis 28. Mai), der an die Stadtverordneten eine Einladung ergreift hat, werden die Herren Steckner und Dehne entsandt.

Auf dem Städtetag in Aschersleben (15.—17. Juni) wird der Magistrat durch die Herren Oberbürgermeister Dr. Rine, Stadtrat Dr. Pusch und Stadtrat Grote vertreten sein. Die Stadtverordnetenversammlung wählt zu ihren Vertretern die Herren Lembler, v. Blume und Bangert. Herr Oberbürgermeister Dr. Rine bemerkt dazu, daß abgesehen von der Reichssteuerumschmelzung in erster Linie das Zweiverbandsgebiet den Städtetag beschäftigen wird, ein Gesetz, das seit 100 Jahren den ersten tiefen Eingriff in die Selbstverwaltung bedeutet, dessen Bedeutung den Kommunen zumeist noch gar nicht klar geworden ist. Das dritte Thema: Jugendpflege, interessiert in Halle noch darum besonders, weil wir dank der Reichs-Dehmann-Stiftung demnächst auf diesem Gebiet Einrichtungen treffen wollen.

Schließlich liegt noch ein Antrag, unterschrieben von einer Anzahl Stadtverordneter, vor, der den Magistrat fragt:

Wie weit sind die Vorarbeiten für das Hallenschwimmbad gegeben, und wann ist darüber eine Vorlage zu erwarten?

Danach tritt man in die Tagesordnung ein. 1. Herr Stadtrat Wetherich hat anlässlich seines 70. Geburtstages der Stadtgemeinde Halle a. S. für die Zwecke des Museums, speziell zur Erbauung eines Gemäldegalerie-Gebäudes, 10.000 M. geschenkt.

Herr Vorkeher erhält den Auftrag, dem Geschenkgeber den herzlichsten Dank der Versammlung für das opferwillige Interesse, das er dem Hallischen Kunstleben entgegenbringt, auszusprechen.

2. Am die Wirtschaftskrisen der Restaurationsbetriebe sind und Reichsregierung die hauptsächlichen Anforderungen entsprechend heranzutreten, sollen gemäß den vorgelegten Kostenschätzungen a) für Wittkind 1250 M., b) für die Reibburg 1250 M. aufgewandt werden. Die abgängigen Beträge auf dem Reibburg neben der sogenannten Waldschneise soll durch einen Neubau ersetzt werden. Es werden 6500 M. verlangt.

3. Die Einriedigung des Wittkind-Grundstückes nach der Kuralle soll gemäß dem Kostenschlag und Projekt des Hochbauamts abschließend mit 1450 M. ausgeführt werden. Die Altien-Gesellschaft Zoologischer Garten will die Kosten mit 5 Prozent verzinsen.

4. Für Umänderung der Entwässerungsanlage des Raubtierbaus sollen 900 M.,

5. für Verbesserung der Entwässerungsverhältnisse des Kongressplatzes von Wittkind 350 M. aufgewandt werden. Die Mittel zu 1. und 3 will man aus dem Anlage, die Mittel zu 1. 4 und 5 aus dem gemeinschaftlichen Dispositions-Fonds nehmen.

Wegen einer Reihe weitergehender polizeilicher Aufgaben ist um Dispens nachgesucht worden; das Verfahren ist noch nicht erledigt. Da wegen der Auflagen von Wittkind die polizeiliche Maßfrist in Kürze abläuft, sind die für Wittkind vorgezeichneten Arbeiten bereits in Auftrag gegeben worden. Zu 2 wurde ausgeführt: Der Neubau der Bedürfnisanstalt an der Waldschneise ist nicht nur von der Polizei-Verwaltung gefordert wegen des Wirtschaftsbetriebes der Waldschneise, er ist auch deshalb notwendig, weil er die einzige Bedürfnisanstalt für Frauen in den Gartenanlagen darstellt. Die vorhandene Retraide ist völlig abgängig.

Die Versammlung bewilligt die Anlage, bescheiden die Verteilung der Mittel im Sinne des Finanzausschusses. Zu 3: Im Interesse des angeforderten Bodentriebes des Restaurationsbetriebs und der Kongressveranstaltungen in Wittkind hat es sich seit längerer Zeit als Bedürfnis herausgestellt, das im übrigen bereits abgeschlossene Grundstück auch nach der Kuralle hin einzurichten. Damit wird zugleich die Möglichkeit gegeben, einen dritten Aufgang zum Zoologischen Garten von der Straße aus zu schaffen.

Die Entwässerungsanlagen zu 4 und 5 sind erforderlich, da die vorhandenen unzureichend und geeignet sind, das fließfähige Eigentum zu beeinträchtigen.

Die Vorlage wird insgesamt angenommen. (Ref. Herren Stov. Reichardt und Zell.)  
Der Magistrat hat die bei Beschaffung des elektrischen Kraftstroms mit 788,65 Mk. sowie bei Beschaffung der elektrischen Gaspreise mit 2269,88 Mk. eingetretene Mehrbelastung genehmigt. Die für die Gaspreise vorläufige geschätzten 11724,93 Mk. sind dem gemeindefinanziellen Dispositionsfonds des Rechnungsjahres 1910, in welchem noch ein Bestand von rund 26 800 Mk. vorhanden ist, zu entnehmen.

Als Gründe werden angeführt:  
Während der Erbauung der elektrischen Fahrzeuge ist auf Grund technischer Erfahrungen auswärtiger Feuerwerke festgestellt worden, daß es für den wirtschaftlichen Betrieb außerordentlich vorteilhaft ist, die Spritze an Stelle der veranlagten Maschinenspritzpumpe mit einer Grobverdrängerbatterie und den Kraftwagen mit einer kleineren Maschinenspritzpumpe auszustatten. Der Vorteil liegt darin, daß die Grobverdrängerbatterie nur im Zeitraum von etwa 6 Wochen zergeraten zu werden braucht und selbst längere Stichen den Platten nicht schadet, während die Maschinenspritzpumpe eine größere Reparaturnahme, d. h. häufiges Fahren, verlangt, da sich ihre Platten rasch aufheben. Für Feuerwehrautofahrzeuge, welche verhältnismäßig wenig fahren, ist daher die Maschinenspritzpumpe mit Vorteil nicht zu verwenden. Es ist erwiesen, daß die Lebensdauer der Grobverdrängerbatterie bei Feuerwehrautofahrzeugen die der Maschinenspritzpumpe um das Doppelte übertrifft. Bei der vielfachen Benutzung des Kraftwagens war dagegen für ihn die Maschinenspritzpumpe vorzuziehen und, um ein leichteres und stoßreines Laufen zu erzielen, nur eine halbe Batterie einzubauen, während die andere Hälfte zwecks Auswechslung als Reservebatterie hergerichtet werden mußte. Diese Veränderungen gegen den Vorschlag hat die Feuer-Deputation als zweckmäßig anerkannt und ihre Durchführung mit Rücksicht darauf beschlossen, daß den Mehrausgaben von 3058,53 Mk. Mehreinnahmen in Höhe von 3933,00 Mk. (1933,60 Mk. Mehrerlös für Feuerwehrspritze und 2000 Mk. Kostenbeitrag der Feuerlosgäste) gegenüberstehen.

Die nach dem Gemeindeforschusse vom 11. Juni 1909, 20. September 1909 aus bereiten Kämmereimitteln zu bedeckenden 12 000 Mk. verringern sich um den durch die Mehreinnahmen in Höhe von 275,07 Mk., sodas aus Kap. XX. 11 nur noch 11724,93 Mk. zu entnehmen und dem Kap. XII. mit 788,65 Mk. sowie der Vorjahrrechnung mit 10 936,28 Mk. zu erstatten sind.

Die Veranschlagung kommt zu. (Ref. Herr Stov. Döbler.)

4. Die Militärverwaltung beschließt, die vorhandenen 6 Pferdefälle der Artilleriefabrike darauf zu erweitern, daß jedes einzelne Stallgebäude um 3 Pferdeplätze vergrößert wird.

Die erforderlichen Baukosten in Höhe von 3600 Mk. werden aus der Anleihe bewilligt. (Ref. Herren Stov. Emmer und Zell.)

5. Das Sozial-Einkaufsgeld für Adolf Göttert, bez. am 11. November 1910 aus 67. Lebensjahr nollenhaft, wird auf 2381,05 Mk. festgesetzt. (Ref. Herr Stov. Kantatz.)

6. Die Veranschlagung bewilligt 920 Mk. zur Einrichtung der Schülerwerkstatt der Hilfsjuli-Klassen in der Volkshaus an der Hermannstraße aus XX. 11. Nach dem Kostenanschlag des Hochbauamts sind 1150 Mk. nötig. Der Magistrat hofft aber, daß außer den für die Einrichtung der Räume vom Hochbauamt eingehenden 320 Mk. für den Ankauf der Werkzeuge 600 Mk. ausreichen. (Derleile Referent.)

7. Mit der Veränderung der Bestimmungen über die Befreiung von Abgaben für Feuerbestatter Leihen auf den städtischen Friedhöfen erklärt sich die Verammlung nach den Vorschlägen der Friedhofsdeputation einverstanden. (Ref. Herr Stov. Kelling.)

8. Der Magistrat beantragt, den aus der Militärverwaltung hervorgegangenen mittleren Bureau- und Kassenbeamten, die 9 Jahre und darüber im Heere oder in der Marine aktiv gedient haben, bei der ersten etatsmäßigen Anstellung ein Jahr auf das Verdienstbescheid zu zugunsten, wenn sie nach sechsmonatiger Probebestellung mindestens ein Jahr bidaristisch im Bureaudienst der Stadtverwaltung tätig waren.

Der finanzielle Effekt beträgt für das Rechnungsjahr 1912 in Summe von 750 Mk.  
Der Antrag wird gegen 6 Stimmen genehmigt. (Ref. Herr Stov. Vorker.)

**Aufhebung des Brückengeldes.**  
Der Magistrat hat beschlossen: 1. vom 1. April 1912 ab für die Benutzung der Fährbrücke und der Winderbrücke Brückengeld nicht mehr zu erheben, 2. die Resolution mit dem Bescheid vom 1. April 1912 ab auf die Dauer von 6 Jahren unter Zugrundelegung der bisherigen Vermietungsbedingungen öffentlich auszuschreiben. § 9 der Bedingungen soll den Zusatz erhalten: „Der Mieter ist verpflichtet, sein Personal in erster Linie nur durch Vermittelung der vom hiesigen Verein für Volkswohl eingerichteten Arbeitsnachsweisstelle für das Gastwirtschaftsgewerbe anzunehmen.“

Die Verammlung genehmigt den Antrag einstimmig. (Ref. Herr Stov. Lindner.)

10. Die unter X H II 2 vorgesehene Mittel für Vertretungsstunden an der Hilfsjuli werden um 300 Mk. aus XX. 11 vermindert. Für Vertretungsstunden an der Hilfsjuli sind 300 Mk. im Haushaltsplan für 1911 vorgesehene. Dieser Betrag ist, wie der Magistrat darlegt, für eine Schule mit 16 Klassen sehr gering. Der Magistrat hatte für Vertretungsstunden an der Hilfsjuli im Jahre 1907: nichts, 1908: nichts, 1909: 107,50 Mk. und 1910: 517 Mk. auszugeben und sollte, mit dem seit langer Zeit für Vertretungsstunden an der Hilfsjuli vorgesehene Beträge von 300 Mk. auszumachen. Da aber der eingeklagte Betrag die Ausgaben bis zu dem Sommeranfang unermesslich sind, nicht ganz beden wird, steht er sich zu jenem Antrage gewogen.

Die Verammlung bewilligt den Betrag. (Ref. Herr Stov. Meier.)

11. Die Wahl des hiesigen Stadtrates Richter  
Zweit am 3. September 1911 ab. Der Referent Herr Stov. Döbler schlägt Wählerwahl vor. Die Zettelabstimmung ergibt für Herrn Richter 33, für Herrn Reich 3 und für Herrn Knabe 3 Stimmen, 7 Bettel sind unbeschrieben.

**Zum 76. Male!**  
Der stärkste Erfolg, welchen unser Stadttheater in den letzten 10 Jahren erlebt hat, ist Meiner-Försters „Mit Heideberg“. Die vorgefrigte Wendenaufführung dieses Lustspiels war die 76. Die Rolle des „Cunz“ ist im dauernden Besitz des Herrn Stahlerberger geblieben. Sonst haben die Herren Sieg und Schölling jeber an ca. 50 Abenden ihre Rollen dargestellt. Der erste „Karl Heinz“ war Hermann Trüger — jetzt am Dresdener Hoftheater; die erste Käthe spielte Fr. Steinigkreiser — jetzt Zahren in Dessau tätig. Außerdem wirkten in der Erstaufführung 1901 mit: Edmund Kunath (Meyerberg), jetzt am Braunschweiger Hoftheater, und Karl Schreiner (Minister), jetzt am Mannheimer Hoftheater.

**Ordensverleihung.**  
Der Kaiser von Japan hat dem ordentlichen Professor in der medizinischen Fakultät, Direktor des hiesigen hygienischen Instituts, Geheimen Medizinalrat Dr. Franck die dritte Klasse des Ordens des Heiligen Schates verliehen.

**Ein neues Werk der Siemens-Schuckert-Gesellschaft.**  
Wie im Verein für hiesige Angelegenheiten zu Bitterfeld mitgeteilt wurde, beschäftigt die Siemens-Schuckert-Werke, in der Fabrik Riemet ein großes Werk anzulegen, das 3-4000 Arbeiter beschäftigen soll. Die Gesellschaft verhandelt auch zum Zwecke der Kohlenversorgung wegen Ankaufs des hiesigen Waldes Gohlitz. Der Kaufpreis soll, was etwas ungläubigwürdig erscheint, 8 Mill. Mk. betragen. Der Verein für hiesige Interessen in Bitterfeld hat beschlossen, gegen den Verkauf der Gohlitz beim Minister Protest einzulegen.

**Aus der Gegendmeinde.** Donnerstag, den 18. Mai, abends 8 1/2 Uhr, veranfaßt sich im „Kronprinz“ der Galin-Berein. Der Vorstehende Herr Konfliktorlat Jolehson hält einen Vortrag über das Thema: „Ein gefährlicher Freund“.

**In der Kaiserin Waldschloßkirche des Vaterländischen Frauenvereins** des Saalrheins wurde am Sonnabend, den 1. Juni, um 20 Minuten in Gegenwart des Herrn Kreisphysikus Geh. Rat Dr. Fiebig und des Herrn Kreisreferendars eröffnet. Weiterhin ist die früher in Ammendorf stationierte Schwester Anna.

**Eine interessante Ausstellung.** Man schreibt uns: „Eine interessante Ausstellung ist in den Schaufenstern Parfümeriestraße 6 zu sehen (im früherer Mathausenstraße). Mehrere gemeinnützige Vereine unserer Stadt haben sich zu ihr vereinigt. Wer in die Nähe kommt, veräume nicht, sich die Ausstellung anzusehen. Sie wird manchen zu denken geben.“

**Jugendfürsorge.** Freitag, den 19. Mai, abends 8 Uhr veranfaßt der Frauenbildungsverein und der Lehrerinnenverein im Gemeindehaus, Albrechtstraße 27, eine Versammlung, in der über Zentralfragen der Jugendfürsorge gesprochen werden soll. Herr Rektor Breitbarth wird ausführen, wie eine Zentrale für Jugendfürsorge auch in unserer Stadt die Arbeit aller auf das Wohl der Jugend gerichteten Bestrebungen traktfähig fördern und dadurch zur glücklichen Lösung der schwersten und bedenklichsten sozialen Frage unserer Zeit wesentlich beitragen kann. Alle, die sich für diese wichtige Sache interessieren, besonders die, die auf dem Gebiete der Jugendfürsorge tätig sind, werden zu dieser Besprechung eingeladen.

**Der Erste kommunale Wahlbezirkverein** hat seine Monatsversammlung Mittwoch abends 8 1/2 Uhr in „Bauers Restaurant“, Mathausenstraße, mit folgender Tagesordnung: 1. Erweiterung der Sonntagstraße. 2. Straßensperrung. 3. Bestimmung des Holzpflosters. 4. Anträge aus der Versammlung.

**150 Kilometer-Fahren.** Der Bezirk Halle des Gauves 18 des Deutschen Radfahrer-Bundes veranstaltete am vergangenen Sonntag auf der Strecke Halle-Bitterfeld sein diesjähriges 150 Kilometer-Einer-Streckenfahren. Obwohl die Fahrer infolge der Beschaffenheit der Straße sehr unter Reisefesseln zu leiden hatten, wurden folgende Resultate erzielt. 150 Kilom.: W. Seubrichs und Valentin R.-K. Germania 6:22 Std., 150 Kilometer: Dietrich 5:55 Std., Würmlich jun. 6 Std., Bloßfeld 6:3 Std., 640 Kilom.: H.-K. Normanna; Bartellen 6:22 Std., Würmlich jun. 6:40 Std., Vieber, Eingeliefert, 7 Std., Baags R.-K. Adler 7:47 Std. — Gleichzeitig wird auf am Donnerstag, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr vom Festtheater Bahnhof nach Bad Nauzeuons stattfindende 1. Abendausfahrt aufmerksam gemacht, an der sich alle Sportfreunde beteiligen können.

**Der Dienbotenverein** wird in Kürze einen Serivierkurs abhalten. Es sind dazu 6 Wochen, und zwar je einer in einer Woche, in Aussicht genommen. Nach Mitwirkenden können daran teilnehmen. Mitglieder zahlen für den Kursus 1,50 Mk., Nichtmitglieder 2,50 Mk. Anmeldungen dazu sind zu richten an Frä. Lucie Günther, Sophienstr. 7.

## Provinzial-Nachrichten.

**Der Dank des Kaisers.**  
Magdeburg, 15. Mai. Auf die Meldung vom Stapellauf des Kreuzers „Magdeburg“ erhielt Oberbürgermeister Reimarus noch am Sonnabend in Bremen folgendes Telegramm:

Seine Majestät der Kaiser und Königin lassen für die Meldung von dem glücklichen Stapellauf des Kreuzers „Magdeburg“ bestens danken und hoffen, daß das Schiff allezeit dem Namen der ehrwürdigen Stadt Magdeburg Ehre machen wird.  
Der Geh. Rabinetsrat v. Valentini.

**Zum Bergarbeiterstreik.**  
Zeitz, 15. Mai. Aus dem Berg-Weichenfeller Streikerevier wird uns geschrieben: Die Lage im Streikgebiet hat sich wenig geändert. Am Sonntag hat im ganzen Gebiet große Heerdau stattgefunden.

In den verschiedenen Orten abgehaltenen Versammlungen sind allem Anscheine nach neue Irritationen ausgebrochen worden. Es hat sich dies besonders bemerkbar gemacht in der Einwirkung auf die Arbeiterwilligen, die jetzt mit allem Nachdruck betrieben wird und am Sonntag in besonders auffälliger Weise beobachtet wurde. Die Beteiligung ist fast hinter den begabten Erwartungen zurückgeblieben. Ebenso wurden alle Kräfte in Bewegung gesetzt, um den Auger fremder Arbeiter zu verhindern bezw. die Ankommenen zu Unruhe zu bewegen. Die Bahnhöfe im Streikgebiet werden zu diesem Zwecke hofr überwacht. Ebenso werden die einheimischen Arbeiterwilligen auf dem Wege zur Arbeitsstätte hofr beobachtet. Besonders ist sich die Frauen in dieser Beziehung hervor. So wird auf jede Weise versucht, den Streik allgemeiner zu machen.

**Naumburg, 13. Mai. (Turmschwaibe und Sperling.)** Einen Kampf, der sich zwischen einer Turmschwaibe und einem Sperling um die Weisheit vollzog, konnten gestern Beobachter verfolgen. Zwischen einer Rinne und dem Dache eines Hauses in der kleinen Kneipalle hat sich ein Sperlingspaar eingelesen und das Nest birtz auf sich ziehende Junge. Nach Tager juchend war nun das Pärchen ausgelesen. Eine Turmschwaibe hatte dies wohl wahrgenommen, denn scheinungsbildete sie in die Sperlingswohnung. Doch einer der Sperlinge kam in raschem Fluge heran und sofort verstand er ins Innere. Ein Gesangs- und Geistes entzünd und nach kurzer Zeit brach der tapferer Gassenkrieger die Turmschwaibe, die am Hause festhielt, heraus. Er schüttelte sie tüchtig ab, so daß die Federn herumflogen, und ließ sie dann endlich los. Der flüchtigen Turmschwaibe ging es im saufenden Fluge hinterher, doch nur auf kurze Strecke, denn eine so geschickte Fliegerin konnte der Sperling denn doch nicht mehr erwischen, um sie vollends zu erwürgen.

**Berlin a. d. Tm, 15. Mai. (Revision.)** Der Landesrat Ludwig aus Werberg residierte heute das zur Landes-Verwaltungs-Anstalt gehörige Sächsisch-Anhaltische Erholungsheim Kobberg bei Berka. Die Revision war eine sehr eingehende und dauerte von 11 bis 4 Uhr. Die Verwaltung war eine mustergetriggerte. Der Oberförster Anna-Marie wurde lebhaft Anerkennung zuteil.

**† Vom Südburg, 14. Mai. (Gera Unfall.)** Ein Unglücksfall ereignete sich in Wulstien. In dem Hause des Maurers Ehrhardt wurden Reparaturarbeiten vorgenommen. Als Ehrhardt mit dem Maurermeister Geile auf dem Gerüst stand, brach plötzlich das Gerüst zusammen und beide Männer stürzten in die Tiefe. Der Maurer Ehrhardt erlitt nur leichtere Verletzungen. Der Maurermeister Geile fiel so unglücklich auf einen unterirdischen Kasten, daß mehrere Rippen gebrochen wurden, die in die Lunge drangen. Nach qualvollen Stunden gab der Unglückliche seinen Geist auf.

**(—) Vohlan, 15. Mai. (Zu der Transmission.)** Heute früh geriet der Schneemüllers Träher in der Fabrik von Kofl & Co. in das Getriebe der Transmission. Er wurde einmal herumgeschleudert und war sofort tot.

**Schöneberg, 13. Mai. (Die gestörte Hochzeit.)** In einem benachbarten Dorfe sollte heute eine Hochzeit gefeiert werden, die auch mit dem hiesigen Pörlersden am Abend vorher feierlichst angekündigt worden war. Braut und Bräutigam so wie die ganze Hochzeitsgesellschaft warteten fröhliche Stunden, und vor allem freute sich erfahre, nun bald ihr eigenes Heim zu besitzen. Aber — mit des Geliebten Mäxchen ist kein einziger Bund zu knüpfen. Die Gesellschaft ist am Sonntag um Rückgang bereit, aber wer nicht kommt, ist der Bräutigam. Hat er Angst vor dem Heiraten oder was ist los? Niemand kann sein Fernbleiben erklären; er ist und bleibt verschwunden. Da endlich kam am Donnerstag die schließlich erwartete Nachricht, aber sie war nicht tröstlich. Der Braut geht meldet, daß der Bräutigam verheiratet und ins Gefängnis eingeliefert worden war.

**Wesinghagen, 14. Mai. (Von der Talerbahn.)** Von wofunterrichteter Seite wird die Nachricht, die Ausführung der projektierten Talerbahn Münchenberndorf-Roda für die Regierung wegen der hohen Baukosten abgelehnt worden, für nicht zutreffend erklärt. In zukünftiger Stelle weiß man von einer solchen Ablehnung nichts. Der Grund hat seiner Grund nur darin, daß das Projekt bisher dem preussischen Landtag nicht hat vorgelegt werden können, weil noch dringendere und ältere Vorlagen, ebenso wie im altenfürstlichen Landtag, noch nicht verabschiedet werden konnten. Die beteiligten Regierung haben sich nur für das Projekt Münchenberndorf-Roda entschieden können.

**# Jena, 13. Mai. (Dänisches Fleisch.)** Um die Fleischer zu lindern, hatte die Firma Karl Zeiß den Bezug ausländischen Fleisches für ihre Geschäftsangehörigen organisiert. Nach Eintritt der wärmeren Jahreszeit wurde der Verkauf eingeführt, nachdem im ganzen für etwa 50 000 Mk. Rindfleisch aus Dänemark bezogen worden sind. Wenn die Fleischpreise weiter in die Höhe gehen sollten, will man die Einrichtung zu einer dauernden machen und zu diesem Zwecke eine Küchlanlage errichten.

**Underdahl, 14. Mai. (Eine folgenschwere Explosion.)** ereignete sich in dem Eisenhütten Dorfe Gerbersdorf. In dem Gashofe von Sille funktionierte die Argon-Gasanlage nicht, und als der Arbeiter des Wäfers, der Kaufmann Hill, mit einem Knechte nach der Ursache forschte, erfolgte eine fürchterliche Explosion. Hill und der Knecht wurden sehr schwer verletzt; der Zustand Hilles ist besorgniserregend.

## Gerichtsverhandlungen.

**Er will Frau und Schwiegervater tot hängen.**  
Der 24jährige, schon mehrfach wegen Gewalttätigkeiten verurteilte Schuchmacher Wilhelm Gedtschläger aus Rade richtete im Februar an seine Frau, die seit vorigem Jahre getrennt von ihm in Gräfenhainichen bei ihren Eltern lebt, einen Drohbrief. Er forderte sie auf, zu ihm zurückzukehren, widrigenfalls er sie und ihren Vater, der ihm das Haus verlehnt habe, totschlagen werde. Es kam ihm bei der Trennung von ihr nicht darauf an, ob man ihm auf lange Jahre ins Gefängnis fiede oder ihm gar den Kopf abhade. Am 9. März machte er die Frau persönlich in Gräfenhainichen in der Wohnung ihrer Eltern auf dem Schwiegervater hinausgewiesen, er lief diesem Vornig zu er habe ihm gar nichts zu sagen und solle es nicht mehr lange machen. Nach festigem Wortwechsel entfernte er sich schließlich, gab aber draußen vor der Tür und den Fenster der Wohnung drei Revolverkugeln ab. Er will nicht beschuldigt haben, Frau und Schwiegervater zu treffen, sondern sie nur einzuschüchtern, damit sie einer Ausöhnung genehler würden. Zum Glück richteten die Schüsse nur Beschädigungen der Tür, der Fenster und Wände an.

Vor der Strafkammer hat Gedtschläger um milde Strafe, nach deren Verbüßung er Familie und Gegend für immer verlassen wolle. Das Gericht war der Ansicht, daß die Tat nahe an verheerlichen Mord oder Totschlag grenze, doch könne nach Lage der Sache nur verurteilt Kürtigung als erwiesen angenommen werden. Erkennt wurde auf die verhältnismäßig gelinde Strafe von sechs Monaten Gefängnis. Gedtschläger fand aber selbst diese noch zu hoch und erklärte sehr entschieden, sie nicht annehmen zu wollen.

**Briefkasten.**  
(Jeder Anfrage ist die Annoncenquittung beizulegen.)  
Um mehrere Fußballvereine. Die Berichte können wir nun dann aufnehmen, wenn sie uns rechtzeitig, also spätestens bis Montag mittag 12 Uhr, zugehen.







